

*Ivonne Fischer-Krapohl, Viktoria Waltz*

## **Raum und Migration – Einführung der Herausgeberinnen**

Im „6. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland“ der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung vom Juni 2005 heißt es: „Die Bedeutung des Stadtteiles für den sozialen Zusammenhalt und die Integration der Zuwanderinnen und Zuwanderer ist inzwischen auf europäischer Ebene sowie von Bund, Ländern und Kommunen erkannt worden“ (Bundesbeauftragte für Migration 2005: 67). Und im September 2005 ist dies auch in der Bundestransferstelle ‚Soziale Stadt‘ angekommen. Seitdem ist die ‚Integration von Migrantinnen und Migranten‘ als Maßnahmenswerpunkt für das Bundesprogramm ‚Soziale Stadt‘ in die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern aufgenommen worden (DIfU 2005: 1). Diese Erkenntnis kommt zwar nicht zu spät, aber doch spät angesichts der bekannten Realität von hohen Migrantenanteilen gerade in den Stadtteilen, mit denen das Programm ‚Soziale Stadt‘ seit Jahren befasst ist. Bei Einrichtung des Programms und auch im Rahmen der Vorläuferprogramme, wie dem Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ in NRW, wurden Migranten oft nur als eine Belastung für die Stadtteile gesehen, und hohe Ausländerzahlen im Stadtteil galten als wichtiges Kriterium dafür, Fördermittel im Rahmen des Programms zu erhalten – neben einem hohen Anteil an Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern. Es ist zu hoffen, dass im Bereich der Planung zumindest ein Umdenken stattfindet, von der ‚Bürde‘ zur ‚Aufgabe‘ und ‚Ressource‘.

In der Fachdiskussion ist dieser Gedanke nicht neu, aber er geht in der aufgeheizten Diskussion um ‚Integrationsdefizite der Ausländer‘ unter, die sich auf ‚mangelnde deutsche Sprachkompetenz‘, ‚Rückzug in die Ethnie‘, sogenannte ‚Zwangsehen‘ oder ‚Ehrenmorde‘ konzentriert und vermeidet, auf Defizite bei den Rahmenbedingungen hinzuweisen, z.B. unzureichende Schul- und Ausbildungsstrukturen oder diskriminierende Bedingungen in der Arbeitswelt und im Alltag, die nach unseren Erfahrungen und Erkenntnissen eher die mangelnden Integrationsleistungen der Mehrheitsgesellschaft widerspiegeln.

Die Herausgeberinnen und andere haben dies seit Jahren thematisiert, auf Diskriminierung und Defizite im Wohn- und Wohnumfeldbereich hingewiesen und vor allem das Thema der Integration durch räumliche Bedingungen aufgeworfen. Ende der 1990er Jahre schien dies auch Thema der Bundesregierung und der Öffentlichkeit zu werden. RaumplanerInnen waren erstmals in Forschungszusammenhängen und Konferenzen zu Migration und Stadt gefragt. Inzwischen – nach dem 11. September 2001 – scheint dieser Aspekt

### **Auszug aus:**

Ivonne Fischer-Krapohl, Viktoria Waltz (Hg.) (2007): Raum und Migration  
Differenz anerkennen – Vielfalt planen – Potenziale nutzen; Bd. 128

der Migration/Integration wieder zu verblassen, das ‚Scheitern der multikulturellen Gesellschaft‘ wird konstatiert, bevor auch nur ernsthaft Erkenntnisse aus den oben genannten Forschungen oder Konferenzbeiträgen umgesetzt worden wären und in Politik und Kommunalverwaltungen flächendeckend ein Umdenken eingesetzt hätte. Nur wenige Städte haben sich auf eine kleinräumige Erfassung ihrer (Migrations-) Realität eingelassen, nur wenige Städte etwa ihre Stadtentwicklungsprogramme unter dem Thema ‚Internationalität‘ oder ‚Multikulturelle Zukunft‘ ausgerichtet oder die stabilisierenden Potenziale der Migranten in ihren sogenannten Krisenstadtteilen anerkannt. Vielmehr herrschen Urteile vor, die mit Begriffen wie ‚Ghetto‘, ‚ethnische Segregation‘, ‚Rückzug in die Kolonie‘ oder ‚Parallelgesellschaften‘ bereits das Scheitern der Integration feststellen.

Für uns und nach unseren Erfahrungen ist Integration der Zuwanderer nach wie vor eine Querschnittsaufgabe der Kommunen, deren Ort der Stadtteil, das Wohnumfeld und die Wohnung ist. Die Lebensqualität und die Integrationsfähigkeit des Raumes aber kommen in den Debatten selten vor. Dass in einem heruntergekommenen, verarmten Stadtteil, der nur unzureichend mit Schulen und Kindergärten, Grün oder Freiraum ausgestattet ist, Gründerzeitviertel oder Großwohnsiedlung, und einer Bevölkerung, die sich zum großen Teil als Verlierer der ‚Postmoderne‘ sieht, Identifikation, Zugehörigkeit, Zusammenhalt und friedliche Kommunikation, also Integration, schwerfällt, kann nicht überraschen. Und das betrifft die deutsche Bewohnerschaft ebenso wie diejenige mit Migrationshintergrund.

Wir setzen mit diesem Band den Raum und die räumlichen Bedingungen für das Zusammenleben und das Thema Integration in unseren Städten in das Zentrum der Überlegungen. Der vorliegende Band soll neue Interpretationen bekannter Sachverhalte und einen anderen Umgang mit dem Thema Migration anstoßen und besonders Raumplanerinnen und Raumplanern ihre Verantwortung deutlich machen, deren Tätigkeit inzwischen immer weniger nur klassische Stadtentwicklung umfasst, sondern viel komplexer und multidimensionaler gesamtstädtische Integrationspolitik mit einschließt.

## **Planung und Migration**

Die Städte der Zukunft sind in verschiedener Weise abhängig von Migration (siehe Häußermann/Oswald 1997). Migration und Stadt gehören seit jeher zusammen – Migration vom Land in die Stadt, aus wenig entwickelten Nachbarregionen oder anderen Teilen der Welt. Die aktuelle Debatte um die demografische Entwicklung der Bundesrepublik wie überhaupt der Industrienationen weist außerdem auf eine Notwendigkeit von Migration hin, die den Bestand der Gesellschaft sichern kann. Es wird also zunehmend darüber zu reden sein, wie die Migration einerseits die Gesellschaft bereichern kann und somit integraler Bestandteil für sie wird, und wie andererseits Folgen der Nicht-Integration und die entstandene Konkurrenz zwischen Einheimischen und Migranten, die der Gesellschaft Schaden zufügen kann, für eine positive Zukunftsentwicklung schließlich bewältigt werden können. Noch immer wird in Deutschland Migration eher problematisiert denn als normales Phänomen betrachtet, und entsprechend feindselig ist der Tenor des Diskurses. In der Bundesrepublik leben allein sieben Millionen AusländerInnen (vgl. Bundesbeauftragte für Migration für Migration 2005: 559), also Menschen mit nicht-deutschem Pass. Die Zahl der Bürger mit

Migrationshintergrund ist fast doppelt so hoch, wenn AussiedlerInnen, Eingebürgerte oder Kinder ausländischer Eltern oder eines ausländischen Elternteils hinzugezählt werden (vgl. dies.: 30). Die Mehrheit unter ihnen ist noch immer sozial und wirtschaftlich schlechter gestellt und lebt noch immer in schlechter ausgestatteten Wohnungen und stärker sanierungsbedürftigen Wohngebieten als ihre ‚deutschen Mitbürger‘. Die Unterstützung dieser Gruppen und die Aufwertung dieser oft als Ghetto diskreditierten Wohngebiete werden über eine gute oder schlechte Zukunft der Städte entscheiden.

Unsere Frage als Planerinnen war und ist: Können und werden wir durch politisches Handeln und adäquate Planungsinstrumente und Programme eine wechselseitige Verständigung sowie die Gleichberechtigung für die meisten der in unserer Gesellschaft lebenden Migranten erreichen? Dies würde zum Nutzen der Stadt selbst sein, würde dem Bereich von Jobs und Dienstleistungen zuträglich sein und wäre eine kulturelle und soziale Bereicherung für eben jene vernachlässigten Wohngebiete, in denen die meisten der Migranten immer noch leben (vgl. Krummacher/ Waltz 2001).

Der kommunalen Planung obliegt die gesetzliche Verpflichtung, allen Bürgern angemessene Wohnbedingungen zur Verfügung zu stellen und ausgewogene ökonomische, infrastrukturelle, soziale, kulturelle und ökologische Gegebenheiten zu gewährleisten. Entsprechend müssen die vernachlässigten Viertel aufgewertet und saniert werden. Dies ist im gegenwärtigen Diskurs der Stadtplaner unstrittig, auch im Zusammenhang mit dem Thema Nachhaltigkeit, das nach unserer Auffassung soziale Nachhaltigkeit einschließt und damit auch die Lebensbedingungen ihrer oft multiethnisch zusammengesetzten BewohnerInnen.

Die jüngste Initiative zur Stadtentwicklung, die auch auf die Integration von Migranten in den benachteiligten Vierteln abzielt, ist ein Weg dahin. Es mögen verschiedene Etiketten gefunden werden, aber die Verschränkung von ökonomischen, sozialen, kulturellen und ökologischen Zielen unter Berücksichtigung der Eigenarten der Stadtviertel und ihrer Bewohner kommt in den aktuellen Programmen und Projekten der Stadterneuerung vor.

Die Indikatoren für diese Viertel sind nicht neu, die angezeigten Probleme bestehen bereits seit geraumer Zeit. Alle Programme, die zuvor auf diese Viertel abzielten, haben sie nicht nachhaltig gelöst. Die Strategie war entweder von Beginn an falsch (Bestrebungen, eine ‚gesündere‘ Sozialstruktur zu erlangen, im Klartext ‚weniger arme Leute, weniger Ausländer‘) oder war lediglich auf Gebäudesanierung ausgerichtet und weniger auf ‚Soziale Stabilisierung‘ (vgl. MASSKS 1998).

Zu diesen Vierteln gehören:

- Historische Arbeiterviertel aus dem 19. Jahrhundert, gemischte Industrie- und Wohnräume, nahe der Stadtzentren oder industrienahe Arbeitersiedlungen;
- Großwohnviertel mit hohen Sozialwohnungsanteilen der 60er und 70er Jahre, mit Monostruktur, am Rande der Stadt.

Für beide Quartierstypen sind folgende Probleme kennzeichnend:

- Verlust der wirtschaftlichen Grundlage, Langzeitarbeitslosigkeit, strukturelle Arbeitslosigkeit;
- Sinkende Bevölkerung, Abwanderung relativ mobiler ‚Aufsteiger‘;
- Konzentration von machtlosen Gruppen, wie alten, kranken und arbeitslosen Men-

schen, allein erziehenden Frauen, großen Familien und Migranten, sowie ein hoher Anteil an Kindern und Jugendlichen;

- Schwindende soziale Netzwerke, Menschen, die nur übergangsweise dort leben, hilflose Singles, getrennte Familien;
- Abwertung des Wohngebiets bezüglich Qualität, Struktur, Größe und Image;
- Sinkende Umweltqualität, Überfrachtung durch Transporte, Industrie, Handwerk;
- Fehlen von Grünanlagen und freien Flächen, Vandalismus;
- Vernachlässigung von Instandsetzungen;
- Keine hinreichende soziale und kulturelle Infrastruktur wie Kindergärten, Schulen, Kliniken, kulturelle und diverse religiöse Zentren.

Hier setzen die neueren Planungsprogramme an. Hauptziele der genannten Programme für die benachteiligten Viertel sind wie folgt zusammenzufassen:

- Nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen der Einwohner durch aktive und integrative Entwicklungsstrategien;
- Qualifizierung und Unterstützung von Arbeitssuchenden als neuer Impuls für die lokale Ökonomie;
- Verbesserung der sozialen Situation durch Sanierungsmaßnahmen, Unterstützung sozialer Kommunikation, Verschönerung und Erhöhung der Sicherheit im Viertel, Attraktivitätssteigerung für andere soziale Gruppen und die Ausweitung der sozialen Infrastruktur;
- Förderung einer umweltverträglichen Entwicklung durch ökologische Planung und Wohnungsbau sowie Modernisierung und Erneuerung;
- Politische Bereicherung durch Stärkung von integrativen Maßnahmen in verschiedenen Politikfeldern, Beteiligung und demokratischen Prozessen;
- Verzahnung von investiven Maßnahmen (Bauen im weitesten Sinne) und nicht investiven Maßnahmen (Bildung und Gemeinwesenarbeit im weitesten Sinne);
- Effizienzsteigerung in Planung und Durchführung öffentlicher Maßnahmen durch gegenseitige Kommunikation und einen vielschichtigen, ganzheitlichen Einsatz finanzieller Mittel im Stadtviertel.

Als wichtigste Lösungsstrategien, um diese Ziele zu erreichen, werden benannt:

- Ganzheitlich und lokal ausgerichteter Ausgangspunkt;
- Starke Beteiligung und Förderung von Akteuren und Einwohnern;
- Initiierung von nachhaltigen und langfristigen Projekten und Maßnahmen;
- Schaffung einer verzahnten Maßnahmenstruktur;
- Bildung eines Netzwerks von lokalen Akteuren und Institutionen sowie Einbindung von politisch Verantwortlichen aus dem Viertel über den Rat bis zum Land.

(vgl. Krummacher/Kulbach/Waltz/Wohlfahrt 2003: 60)

Zwar führte bisher keiner der hier benannten Ansätze explizit die Migranten als eine zu berücksichtigende, sozial benachteiligte Gruppe auf. Bei einem genauen Blick in die Stadtviertel jedoch und einer Vergegenwärtigung der sozialen Situation von Migranten wird deutlich, dass Migranten eine wichtige Rolle einnehmen und deshalb bei Planung und Umsetzung, speziell wenn es um lokale Wirtschaft geht, besonders berücksichtigt werden müssen. Die Beiträge in diesem Band geben sowohl verallgemeinernde, aber auch konkrete Hinweise und

Vorschläge für planerisches Handeln und politische Strategien für diese Stadtteile. Dies halten die Herausgeberinnen für notwendig, denn vor allem fehlt unserer Erfahrung nach eine realistische Wahrnehmung der Probleme und die Einsicht, dass die Stabilisierung dieser Stadtteile als eine normale und Daueraufgabe der Städte anzusehen und anzunehmen ist. Zum besseren Verständnis der Zusammenhänge im Folgenden noch eine kurze Darstellung zum Stand der Integration in der heutigen Bundesrepublik und der Integrationsleistung der Stadt.

### **Zum Stand der Integration von MigrantInnen**

Ausländer sind vom Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft betroffen, da er für eine Reduzierung der Tätigkeiten sorgt, für die sie angeworben wurden. Sie konzentrierten sich überdurchschnittlich oft auf Tätigkeiten im industriellen Bereich oder auf einfache Dienstleistungstätigkeiten (Putzen, Gastronomie, Straßenbau), wo es heute durch Rationalisierungen und Billiglohnkonkurrenz aus Osteuropa auch ein überdurchschnittlich hohes Arbeitslosigkeitsrisiko gibt. Auch die zweite Generation ist hauptsächlich im Fertigungssektor beschäftigt und hat kaum Zugang zu den attraktiven Tätigkeiten des Dienstleistungssektors. Entsprechend können Verluste von Arbeitsplätzen nicht im gleichen Umfang im Dienstleistungssektor kompensiert werden. Dabei sind Migranten nicht nur durch den Strukturwandel, sondern auch durch Konjunkturzyklen besonders betroffen: In Rezessionsphasen sind sie überdurchschnittlich von Entlassungen betroffen (vgl. Bremer 2000: 87ff).

Hinzu kommt erschwerend, dass die Wege nach oben in die Segmente mit stabileren Beschäftigungsverhältnissen undurchlässiger sind als bei Deutschen; Aufstiegs- und Etablierungsprozesse finden nur bedingt statt. „Im Jahr 2003 waren 12,5% der insgesamt 4,4 Millionen registrierten Arbeitslosen ausländische Staatsangehörige (548,5 Tsd.) – dies bei einem Ausländeranteil an allen Erwerbspersonen von etwa 9%. Die Quote der Ausländerarbeitslosigkeit stieg von 17,4% im Jahresdurchschnitt 2001 auf 20,5% im Jahresdurchschnitt 2004 und erreichte damit einen historischen Höchststand“, damit liegt die Arbeitslosenquote der Migranten nahezu doppelt so hoch wie die der Deutschen (vgl. Bundesbeauftragte für Migration 2005: 94f.). Bremer spricht in diesem Zusammenhang von einer „ethnischen Unterschichtung der Einkommenspyramide“ – Ausländer seien aufgrund ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Situation besonders häufig von Armut betroffen (vgl. Bremer 2000: 120).

Im Jahr 2003 verfügten sämtliche ausländischen Haushalte im Durchschnitt über weniger Geld als die deutschen, obwohl sie gleichzeitig mehr Mitglieder zählen. „In den Einkommensgruppen bis 2000 Euro sind Haushalte mit ausländischem Haushaltsvorstand überproportional vertreten (68% gegenüber 58% mit deutschem Haushaltsvorstand)“, in den oberen Einkommensgruppen sind die deutschen eher vertreten“ Im gleichen Jahr hatten 9% der ausländischen Haushalte monatliche Nettoeinkommen über 3.200 Euro (Deutsche: 16%). Dagegen erwirtschafteten 44% der ausländischen Haushalte mit erwerbstätiger Bezugsperson ein monatliches Nettoeinkommen von über 2000 Euro (Deutsche: 57%). Einkommen über 4.500 Euro konnten nur 4,6% der ausländischen Erwerbstätigen Haushalte realisieren (Deutsche HH im Vergleich: 8,9%) (vgl. Bundesbeauftragte für Migration 2005: 103). „Die soziale Lage von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland ist,

gemessen an der Einkommenssituation, deutlich schlechter als die der deutschen Bevölkerung. Niedrigere Erwerbseinkommen und die höhere Arbeitslosigkeit führen häufiger zu Angewiesenheit auf soziale Transferleistungen" (dies.: 112).

Für die Einschätzung zukünftiger Berufschancen für die heutige junge Generation, ist ein Blick auf ihren Bildungsstand notwendig: „Das Bildungssystem verteilt Lebenschancen" (Bremer 2000: 123). Obwohl die Mehrheit der ausländischen SchülerInnen in Deutschland geboren wurde und auch überwiegend vorschulische Einrichtungen besuchte, gibt es bezüglich der Verteilung auf die Schularten der Sekundarstufe I erhebliche Unterschiede zu deutschen Kindern festzustellen: Im Schuljahr 2002/2003 besuchten 44% der ausländischen SchülerInnen eine Hauptschule (Deutsche: 19%), aber nur 14% von ihnen besuchten ein Gymnasium (Deutsche: 32%). (Bundesbeauftragte für Migration 2005: 51)

Ihre Bildungsbeteiligung nimmt mit jeder höheren Stufe des Bildungssystems weiter ab. Der Anteil ausländischer Studierender ist zwar auf 12,2% gestiegen, dies jedoch auch aufgrund des deutlichen Zuwachses an Bildungsausländern, die speziell zu universitären Bildungszwecken unmittelbar einwandern (vgl. Bundesbeauftragte für Migration 2005: 67). Auf dem Ausbildungsstellenmarkt kommt es aufgrund der verschlechterten Ausbildungsplatzsituation zu steigenden Anforderungen der Betriebe, schärferen Auswahlkriterien und insgesamt zu einer größeren Konkurrenz (vgl. Bundesbeauftragte für Migration 2005: 59). Dabei sind die SchulabgängerInnen mit Migrationshintergrund selbst bei gleichen Schulabschlüssen gegenüber deutschen Bewerbern benachteiligt (vgl. Bundesbeauftragte für Migration 2005: 63). Bei ausländischen Jugendlichen erhöhen sich die Chancen auf einen Ausbildungsplatz – anders als bei deutschen Bewerbern – mit steigender schulischer Vorbildung offenbar nicht. Auch Bremer stellt fest, dass mit einem höheren Qualifikationsniveau paradoxerweise eine Zunahme diskriminierender Praktiken einhergeht (vgl. Bremer 2000: 88).

Die Arbeitsmarktkrise hat also allgemein die Ausbildungschancen ungleich zu Lasten der Bevölkerungsgruppen verteilt, die ohnehin gesellschaftlich benachteiligt werden. Dazu zählen gerade ausländische Jugendliche. Vor allem diejenigen, die im Anschluss an die Schulpflichtzeit ohne jede weitere Ausbildung bleiben – das sind bei Ausländern immerhin 40% – scheinen zu dauernder Randständigkeit verurteilt zu sein (vgl. Bremer 2000: 154). Die gewerbliche Arbeit verliert mit dem ökonomischen Strukturwandel als zentraler Integrationsfaktor also zunehmend an Bedeutung (vgl. Verbundpartner 2005: 14).

Entsprechend gewinnen der städtische Raum und das Wohnquartier an Bedeutung. Sie bilden den „sozialräumlichen Hintergrund für unterschiedliche Integrationsprozesse wie Spracherwerb, Bildung, Ausbildung und Beruf, Sozialkontakte oder Teilhabe am kommunalen und städtischen Lebens. Zum anderen sind Wohnung und Wohnumfeld selbst Integrationsfaktoren von erheblichem Gewicht, weil sie Aktionsräume definieren" (Verbundpartner 2005: 14). „Neben der ökonomischen, politischen und rechtlichen Integration spielt die soziale Integration für Zuwanderinnen und Zuwanderern eine herausragende Rolle für das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten. Das alltägliche Wohn- und Lebensumfeld hat hierbei eine zentrale Funktion. Vor allem Kinder und Jugendliche verbringen einen Großteil des

Tages im Stadtteil, ebenso die nicht erwerbstätigen Erwachsenen. Der Stadtteil stellt für diese Gruppen Lebensmittelpunkt, Lernraum und wichtiges Kontaktfeld dar“ (Bundesbeauftragte für Migration 2005: 101). Aber: Migrantenfamilien sind benachteiligt in Bezug auf Qualität, Größe und Ausstattung der Wohnungen, und sie leben – wie bereits festgestellt – überwiegend und konzentriert in benachteiligten Stadtteilen, die durch ein schlechtes Wohnumfeld gekennzeichnet sind. Hier überlagern sich in den großen Städten sogar zunehmend ethnische (Migranten), soziale (Armut) und demografische (Kinder und Jugendliche) Segregation (vgl. ILS/ZEFIR 2006: 8). Der Raum wird dort eindeutig zum benachteiligenden Umfeld.

### **Integration und Stadt**

Die Mehrheit aller Migranten in Deutschland sind Einwohner großer Städte. 80% von ihnen leben in Städten mit über 100.000 Menschen. In den Großstädten Westdeutschlands sind offiziell 15% der Bevölkerung Migranten (in dieser Zahl nicht inbegriffen sind Migranten mit deutschem Pass oder Aussiedler). Einige Städte erreichen (2001) sogar 27,6% (Frankfurt/Main), 24,5% (Stuttgart) oder 22,8% (München) (vgl. isoplan 2003). In den besonders benachteiligten Vierteln stellen Migranten oftmals 25-50% der Bewohner, in kleinräumigen Einheiten können es bis zu 75% sein.

Die Zahl der Migrantinnen und Migranten wird anwachsen, unabhängig davon, welche Restriktionen für die Einreise nach Europa erhoben werden. Ein Grund dafür wird noch immer die Familienzusammenführung sein, die Ehepartnern und Kindern legal die Einreise ermöglicht. Die meisten von ihnen werden sich wiederum in den benachteiligten Vierteln ansiedeln, entweder aus Gründen eines ethnischen Zusammenhalts oder weil ‚Ausländer‘ in besseren Wohngebieten als Mieter abgelehnt werden. Diese Migranten werden in vielerlei Hinsicht als eine neue erste Generation von vorne anfangen, erneut Integrationsleistungen in einem unbekanntem Umfeld erbringen müssen und sind auf ein integrationsfreundliches Umfeld angewiesen.

Es ist leider allzu offensichtlich, dass es mit dem Stand der Integration und den Chancen zur Integration wegen der strukturellen Bedingungen für ausländische Familien nicht zum Besten steht, und zwar besonders mit Bezug auf die Wohnsituation und das Wohnumfeld. Das Wohnviertel ist ein wichtiger Ort persönlicher Identitätsfindung und Spiegel für eine erfolgreiche Integration. Grundstandards für Integration sind:

- Adäquater Wohnraum;
- Ausreichende soziale Absicherung und die benötigte Infrastruktur;
- Ausreichende Versorgung mit Gütern für den täglichen Bedarf;
- Teilhabe am Durchschnittslebensstandard;
- Raum und Möglichkeiten für Kommunikation und sozialen Austausch;
- Raum und Möglichkeit, an der lokalen politischen Entwicklung teilzunehmen
- Raum für kulturelles (und religiöses) Leben, sowohl in Institutionen wie auch in freier Ausgestaltung.

In den benachteiligten Vierteln finden wir all das zumeist nicht vor. Wir müssen – und nicht nur Ausländer leiden darunter – folgende Integrationsdefizite in jenen Stadtteilen konstatieren:



- Ein großer Teil der Menschen ist vom Markt ausgeschlossen und ist entsprechend in Bezug auf Einkommen, Wohnraum und Konsum benachteiligt;
- Ein großer Teil der Menschen hat die Unabhängigkeit eingebüßt und ist von Transferzahlungen und Sozialhilfe anhängig;
- Ein großer Teil der Menschen leidet unter Verschuldung und ist auf Banken oder Freunde angewiesen;
- Ein großer Teil vor allem der älteren Menschen lebt isoliert, hat wenig Freunde, Familie oder ähnliche soziale Netzwerke.

Zentrale Forderungen für eine umfassende Entwicklungsstrategie in den einschlägigen Stadtteilen sind zum Nutzen aller Einwohner und sollten Folgendes einschließen:

- Versorgung der Viertel mit bezahlbarem, ausreichendem, angemessenem und hygienischem Wohnraum und entsprechendem Wohnumfeld;
- Arbeitsbeschaffung und Qualifizierungsangebote an alle Arbeitssuchenden;
- Förderung der Unabhängigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Menschen in ihrem Wohnviertel;
- Stärkung des Gemeinwesenklimas – verbunden mit einer Akzeptanz von Vielfalt und freier Wahl des Lebensstils.
- Selbsthilfe, Eigenverantwortung in sozialen Angelegenheiten und Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls.

(vgl. Krummacher/Kulbach/Waltz/Wohlfahrt 2003: 80ff)

### **Die Rolle der Migranten im Stadtteil**

Es gibt die Legende, dass ‚Ausländer unsere Viertel besetzen‘, indem sie Häuser in den gut situierten Gegenden kaufen. Daran ist richtig, dass mehr und mehr speziell türkische Investoren auf dem Immobilienmarkt tätig werden. Zunächst muss erwähnt werden, dass dies ein sehr klares Zeichen für Integration ist. Individuen, die Eigentum für ihren eigenen Gebrauch erwerben, haben vor allem entschieden, dass sie dort bleiben möchten, wo sie leben und arbeiten. Anders als diejenigen Käufer ‚von auswärts‘, die lediglich an spekulativen Wertsteigerungen interessiert sind, ohne sich um ihre Häuser und die Mieter zu kümmern, beginnen die Migranten im Allgemeinen sofort mit der Investition in die Werterhaltung und die Renovierung des Hauses. Wenn Migranten auf diese Art und Weise ihr Geld in ‚ihre Viertel‘ stecken, ist dies Teil des Stabilisierungsprozesses, ohne dass sie die entsprechende Anerkennung dafür erhalten. Es ist an der Zeit, dem Potenzial und dem Wert der lokalen Aktivitäten von Migranten mit Respekt und offizieller Anerkennung zu begegnen.

Die Beiträge der Migranten in diesen Vierteln sind vielfältig. Nicht nur in Bezug auf ihre gesonderten Anliegen als eine besondere kulturelle Gemeinschaft versorgen sie die Viertel mit Produkten und Dienstleistungen, investieren und bauen das Viertel neu auf und vermitteln nach außen hin eine internationale Atmosphäre. Wenn dies mehr Beachtung und Anerkennung finden würde, könnte auch das Image des Stadtteils aufgewertet werden. Wenn dieser Teil der örtlichen Wirtschaft stärker gefördert würde, könnte dies der am stärksten beeinträchtigten Gruppen zugute kommen, die unter Arbeitslosigkeit, fehlender



Qualifizierung und Fortbildung leidet: den jungen Migranten zwischen 16 und 18 Jahren, aber auch anderen Gruppen.

Inzwischen ist überall zu sehen, dass die ökonomischen Aktivitäten verschiedener Migrantengruppen in zahlreichen Branchen den Stadtvierteln eine Reihe von Dienstleistungen und Möglichkeiten eröffnen, wie internationale Produkte und internationale Wirtschaftsbeziehungen, Güter des täglichen Bedarfs, vor Ort und zu guten Preisen, ein lokales Angebot an Gebrauchsgütern für bestimmte Gruppen (Kleidung, Bücher, Zeitschriften), Reisebüros, verschiedene Restaurants, Imbisse und Cafés.

Immer häufiger finden wir spezielle lokale Dienstleister und Handwerker wie Friseure, Schneider, Schuster, Wäschereien und Immobilienhandel sowie soziale Dienstleistungen wie Kindergärten, Pflegedienste oder Bestatter, inzwischen auch Steuerberater und Ärzte (vgl. Krummacher/Waltz 2001).

Ein ausgeprägtes Gemeinschaftsgefühl ist unter Gruppen von Migranten häufiger anzutreffen als bei den meisten deutschen Bewohnern – wenn dies auch als soziale Kontrolle für manche Betroffene erscheint und damit auch negativ gesehen werden kann. Die Familien stützen ihre Mitglieder durch ein soziales Netzwerk, das in persönlichen, sozialen und ökonomischen Notfällen hilft. Neben der Unterstützung durch die Familie gibt es Migrantenorganisationen, die mit Rat und Tat bei anfallenden Problemen und Fragen einspringen. Sie helfen aus mit Informationen über das Bildungs- und das Sozialsystem oder über freie Stellen oder freie Kindergartenplätze. Sie können Ratschläge bei Problemen mit dem Finanzamt, dem Hausbesitzer, der Verwaltung und sogar dem Gericht geben. Sie stellen Jugendlichen Räume für Spiele und Veranstaltungen zur Verfügung – neben religiösem Unterricht. Ohne sie hätte die Stadt weitaus mehr Probleme zu lösen und die Probleme wären weitaus offenkundiger in den Vierteln. Aber unsere Verwaltung und die deutsche Öffentlichkeit verhalten sich diesen Zusammenschlüssen und Organisationen gegenüber sehr misstrauisch, speziell gegenüber den türkisch-religiösen. Dabei ist es unfair, sie auf der einen Seite nicht als unabhängige und eigenverantwortliche Selbsthilfeorganisationen zu betrachten und andererseits stillschweigend von ihren Dienstleistungen und den damit verbundenen Entlastungen der öffentlichen Kassen zu profitieren. Dies muss zukünftig beim Entwurf und der Umsetzung von Programmen und Projekten berücksichtigt werden.

Die in den Integrationsprogrammen benannte ‚ethnische lokale Wirtschaft‘, die zur Aufwertung von vernachlässigten Vierteln beitragen soll, gibt es und ist schon Teil eines Stabilisierungsprozesses. Sie sollte mehr Wertschätzung und Aufmerksamkeit erfahren und bei der Planung und Finanzierung durch eine umfassende, gezielte Unterstützung berücksichtigt werden. Die Forderung nach Aktivierung der Einwohner und nach wirkungsvoller politischer Teilhabe darf die Migranten nicht vernachlässigen. Ihre Einbindung bedarf aufgrund von Sprache und Kultur besonderer Anstrengungen. Speziell die Kommunalpolitiker und die Verwaltung müssen von ihrer Seite aus Diskriminierung und Abgrenzung überwinden und interkulturelle Kompetenz erwerben. Programme und Vorgehensweisen müssen im Kontext mit den Migranten flexibler und spezifischer im Hinblick auf deren Bedürfnisse und Umstände werden.

Einige Verwaltungsangestellte, Experten und Berater sollten zweisprachig sein und einen multikulturellen Hintergrund haben. Dies wird das beidseitige Verständnis vergrößern und einen fruchtbaren Austausch von Ideen und Erfahrungen ermöglichen. Dies könnte auch zur Verringerung von wechselseitig negativen Wahrnehmungen beitragen, um das Potential vieler Migranten effektiv für die Stadt der Zukunft zu nutzen.

Das neue Zuwanderungsgesetz verweist die Umsetzung der Integrationsaufgabe auf die Kommunen. Das Wohnquartier und der Stadtteil sind der zentrale Ort für Integration. Die strukturellen Integrationsdefizite im Wohn- und Wohnumfeldbereich sowie im Arbeits- und Ausbildungsbereich kann nicht allein vor Ort geleistet werden. Aber der Raum für Auseinandersetzung, für Konfliktbewältigung, für Identität und gesellschaftliche Beteiligung, der kann geschaffen werden. Quartiersmanagement ist ein strategisches Konzept der heutigen integrierten Stadtteilentwicklung, auch im Programm ‚Soziale Stadt‘. RaumplanerInnen sind darin aktiv und haben eine strategische Stellung darin. Die möglichen Handlungsfelder sind vielseitig und breit gefächert. Die Beiträge in diesem Band geben dazu Anregungen.

### **Zu diesem Sammelband**

Die Beiträge in diesem Band sind eine Sammlung teilweise gekürzter jüngerer Arbeiten aus dem Hochschulzusammenhang: unveröffentlichte Texte, Vortragstexte, Seminarbeiträge und Kurzfassungen von Diplomarbeiten. In fünf Abschnitten erschließt dieser Band das Thema Integration und Stadt, von den Rahmenbedingungen über Stadtkonzepte bis zu den Wohnbedingungen, von Beteiligungsproblemen bis zu neuen Aufgaben und Kompetenzen in der Stadtentwicklung.

*Der erste Teil* mit dem Thema „Soziale Stadt und Ghetto“ richtet den Fokus auf die grundsätzlichen Rahmenbedingungen und politischen Strategien im Kontext von Migration und Stadt(teil). Krummacher und Waltz machen den Versuch, die Ansätze der letzten 10 bis 15 Jahre zum Thema Migration und Stadt zu würdigen, die noch bestehenden Defizite aufzuzeigen und angesichts der Hinweise des Zuwanderungsgesetzes Integration als gesamtstädtische und planerische Aufgabe zu thematisieren.

Dem folgt ein Beitrag von Waltz zur Diskussion um die Parallelgesellschaft. Sie versucht, anhand jüngster Untersuchungen die Frage zu klären, was mit diesem Begriff gemeint ist und ob es eine Parallelgesellschaft im Sinne derer gibt, die dies als aktuelle oder drohende Gefahr bei der türkischen Gemeinde sehen. Danach folgt einer kritischer Beitrag zum Programm ‚Soziale Stadt‘ von Krummacher, der aus sozialpolitischer Sicht den Optimismus hinsichtlich dieses Programms als einen erneuten Ansatz zur Lösung sozial-räumlicher Probleme dämpft und die Frage aufwirft und problematisiert, in wieweit sich der Staat mit diesem Programm aus gewissen Bereichen der sozialen Verantwortung herauszieht und auf Selbsthilfe als Ersatz setzt und auf mehr Kontrolle und Ordnungspolitik aus ist.

*Der zweite Teil* knüpft an die zentralen Begriffe ‚soziale Nachhaltigkeit‘ und ‚Identität‘ an und thematisiert die Möglichkeit, angesichts des Strukturwandels Lebensqualität und Identität durch migrationspezifische Programme zu erhalten und zu fördern.

Krummacher und Waltz diskutieren dieses Thema anhand der übergreifenden Entwicklungskonzepte der Städte Essen und Solingen. Die Anerkennung der türkischstämmigen Gemeinden als zentrale Größe für die neue Identität des Ruhrgebietes als ‚East-West Bridge‘ fordert Waltz in ihrer Streitschrift.

Schoppengerd schließt an die Identitätsfrage an. Sie greift das sensible Thema des Moscheebaus auf und empfiehlt den Städten Normalität im Umgang mit solchen Plänen. Sie entwirft darüber hinaus Handlungsstrategien und Prozessverhaltensnormen im Rahmen städtischer Planung, die diesen normalen Umgang ermöglichen und Konflikte vermeiden oder reduzieren sollen.

*Der dritte Teil* beschäftigt sich mit der Wohnsituation und den Wohnwünschen der Zuwanderer. Bursa thematisiert nach einer historischen Darstellung typischer ‚Wohnkarrieren‘ türkischer ‚Gastarbeiterfamilien‘ die Gründe für die zunehmende Eigentumsbildung der Zuwanderer und entdeckt zwei Linien: Eigentum wird erworben, einerseits um der generellen Diskriminierung besonders türkischer Zuwanderer auf dem Wohnungsmarkt ‚auszuweichen‘ und andererseits als Ausdifferenzierung und Mittelstandsbildung der jüngeren Generationen. Hanhörster greift den Faden der Wohneigentumsbildung auf und zeigt anhand der Forschungsbeispiele Dinslaken-Lohberg und Duisburg-Marxloh, dass die Wohneigentumsbildung von MigrantInnen vielfältige Potenziale, vor allem im Bereich der Selbstnutzung, der Identitätsbildung, der Sanierung der Wohngebäude aber auch der Verbesserung des Wohnumfeldes aufweist.

Fischer-Krapohl und Gottwald schließlich nehmen das Thema des demografischen Wandels auf und schlussfolgern, dass die Wohnungswirtschaft Zuwanderer als neue Klientel anzusehen hat. Mit Hilfe von typischen Wohnprojekten, die spezifisch für Zuwanderer und von ihnen entstanden sind, entwickeln sie qualitative und administrative Anforderungen an das Wohnen von Zuwandererfamilien, die den Wohnungsanbietern neue Qualifikationen abverlangt. Darüber hinaus wird deutlich, dass die Städte falsch liegen, wenn sie sich des Instruments aktiver Wohnungspolitik im Bestand und damit auch der Steuerung sozialer Prozesse durch Verkauf entledigen.

*Der vierte Teil* wirft die Frage nach der Beteiligung von Zuwanderern auf – ein Thema, das PlanerInnen umtreibt und gerade erneut in der Debatte um Strategien im Programm ‚Soziale Stadt‘ problematisiert wird. Es ist inzwischen erkannt worden, dass Stadterneuerung in den entsprechenden Stadtvierteln ohne eine aktive Beteiligung der MigrantInnen nur bedingt Erfolg haben kann. Aber es ist immer wieder unklar, wie diese Beteiligung aussehen kann. Meyer und Dönitz versuchen, die Schwierigkeit einer effektiven Beteiligung von Zuwanderern unter Zuhilfenahme des Konzepts der ‚Raum- und Zeitstrukturiertheit‘ zu erklären. Ihrer Erfahrung nach macht es einen Unterschied, ob jemand vor allem durch zeitliche Gegebenheiten seinen Tag und seine Bewegungen im Raum oder zwischen verschiedenen Räumen strukturieren muss oder z.B. bei Arbeitslosigkeit nicht an Zeit gebunden, aber auf den ganz konkreten Ort seines direkten Wohnumfeldes angewiesen ist. Der eine ist räumlich mobil aber zeitlich beschränkt, der andere ist an sein konkretes Umfeld fixiert, aber hat jede Menge Zeit – für beide müssen Termin und Ort stimmen, damit sie sich beteiligen. Die Autoren plädieren für mehr Zeit, Geduld, Dauerhaftigkeit und einen neuen

raum-zeit-orientierten Umgang mit den Betroffenen. Grunwald widmet sich mehr der Frage der Ethnisierung von Konflikten und prüft in einem konkreten Beispiel, ob und wie im Rahmen des im Programm der ‚Sozialen Stadt‘ angesiedelten Quartiersmanagements die Moderation von Konflikten mit Beteiligung von BewohnerInnen möglich ist. Sie kommt in ihrem Beispiel zu der Feststellung, dass Konflikte im Stadtteil mehrheitlich sozialer Natur sind, aber wenn es um ‚Ethnisierung‘ geht, auch Mediation nicht einfach ist und bestimmte Qualifikationen des Betreuungsteams voraussetzt.

*Im fünften Teil* werden erneut generelle Aufgaben in den Blickpunkt genommen, Forschungsaufgaben und weitere Fragestellungen zum Thema Migration und Raum. Fischer-Krapohl setzt sich theoretisch mit dem Begriff der sogenannten ‚Ethnischen Ökonomie‘ auseinander. Es werden die gängigen theoretischen Definitionen des Begriffs der ‚Ethnischen Ökonomie‘ vorgestellt und ihre Bedeutung für die Wahrnehmung der potenziellen Rolle, die diese Unternehmen für die Integration des Stadtteils und innerhalb des Stadtteils spielen und spielen können, abgeschätzt. Sie fordert in diesem Zusammenhang einen erweiterten Begriff von den Potenzialen und Möglichkeiten ausländischer Selbständiger, um diesem Phänomen in der Planung angemessen gerecht zu werden. Hanhörster wirft einen kritischen Blick auf die Zielsetzungen bisheriger Programme, vor allem die ‚Soziale Stadt‘, und auf das vorherrschende Integrations- und Beteiligungsverständnis. Am Beispiel der Erfahrungen zum Quartiersmanagement kommt sie zu zentralen Fragen, die für die Formulierung neuer Projektansätze und Programme zu klären sind. In dem Beitrag von Fischer-Krapohl schließlich geht es um die Wahrnehmung der MigrantInnen im Stadtteil generell, um eine (nicht nur) migrationspezifische Raumanalyse sowie um das Hinsehen auf das, was sichtbar ist, aber auch auf das, was unsichtbar bleibt. Nach einer grundsätzlichen Klärung des Begriffes ‚Raum‘ wird ein erweitertes Raummodell als Untersuchungsrastrer vorgestellt sowie Empfehlungen an die forschende Planung gerichtet, welcher Instrumente und Methoden PlanerInnen sich bedienen können, um eine konkretere und differenziertere Vorstellung als bisher von Problemen und Potenzialen der Menschen zu gewinnen, für die letztlich geplant wird – und in den einschlägigen Stadtteilen sind dies die benachteiligten Gruppen, darunter die Gruppe der Zuwanderer.

*Im abschließenden Fazit* werfen die Herausgeberinnen eine zentrale Frage für die Raumplanung auf: Was müssen Raumplaner und Raumplanerinnen können und wissen, wenn sie den Anforderungen interkultureller Stadtentwicklungsaufgaben gerecht werden wollen. Es geht um die Frage nach ihrer ‚interkulturellen Kompetenz‘. Das gilt natürlich für alle anderen professionellen Akteure gleichermaßen, die z.B. im Quartiersmanagement, in der Wohnungswirtschaft, der Umweltbehörde etc. tätig sind. Warum nicht analog zum ‚Gender Mainstreaming‘ auch ‚Intercultural Mainstreaming‘ in die ‚Agenda 21‘ aufnehmen? Wie dort wäre die Perspektive der Gleichberechtigung und Chancengleichheit von den zwei Polen aufzuwerfen, hier die Integration von Männern und Frauen in den Veränderungsprozess, dort die Integration der Zuwanderer und der Einheimischen. Beide Seiten müssen interkulturelle Kompetenz erlangen und in den gemeinsamen Prozess einbringen. Das ist etwas, das auch in die Ausbildung von RaumplanerInnen gehört.

Der Band möchte Ideen und Hinweise an die Planeröffentlichkeit und die Kommunalpolitik geben, wie Migration Stadt und Raum beeinflusst und wie mit Potenzialen und Problemen in den multiethnisch zusammengesetzten Stadtteilen umgegangen werden kann. Uns liegt daran, dass Migration und Stadt als ein grundlegendes Thema und als eine Daueraufgabe der Gesamtstadt angesehen wird und neue, positive Denkweisen und Strategien erfordert, die den Prozess der Migration in die Stadt positiv aufnehmen und wenden für eine zukunftsorientierte, positive Entwicklung.

## Bibliografie

- Bundesbeauftragte für Migration (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration) (2005): 6. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin
- Bremer, Peter (2002): *Ausgrenzung und die Spaltung der Städte; Zur Lebenssituation von Migranten*. Opladen
- DifU (Deutsches Institut für Urbanistik) (Hg.) (2005): *Soziale Stadt Info 17; Der Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt*; September 2005. Berlin
- Häußermann, Hartmut/Oswald, Ingrid (1997): *Zuwanderung und Stadtentwicklung*. In: dies. (Hg.): *Zuwanderung und Stadtentwicklung*. Opladen, S. 9-29
- ILS/ZEFIR (Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung)/ILS (Hg.) (2006): *Sozialraumanalyse; Soziale, ethnische und demographische Segregation in den nordrhein-westfälischen Städten; ILS-Schriften 201*. Dortmund
- ISOPLAN (2003): *Ausländer in Großstädten. Die 12 Städte und Landkreise mit den meisten Ausländern nach wichtigsten Nationalitäten*. Saarbrücken
- Krummacker, Michael/Waltz, Viktoria (2001): *Polarisierung der Stadt: Folgen und Herausforderung für Migration und Interkulturalität*. In: ILS (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW) (Hg.): *Stadt macht Zukunft; ILS-Schriften 170*. Dortmund, S. 82-92
- Krummacker, Michael/Kulbach, Roderich/Waltz, Viktoria/Wohlfahrt, Norbert (2003): *Soziale Stadt – Sozialraumentwicklung – Quartiersmanagement; Herausforderungen für Politik, Raumplanung und soziale Arbeit*. Opladen
- MASSKS (Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes NRW) (Hg.) (1998): *Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf*. Düsseldorf
- Verbundpartner (Verbundpartner ‚Zuwanderer in der Stadt‘) (Hg.) (2005): *Zuwanderer in der Stadt; Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik*. Darmstadt